

Chart of the Week

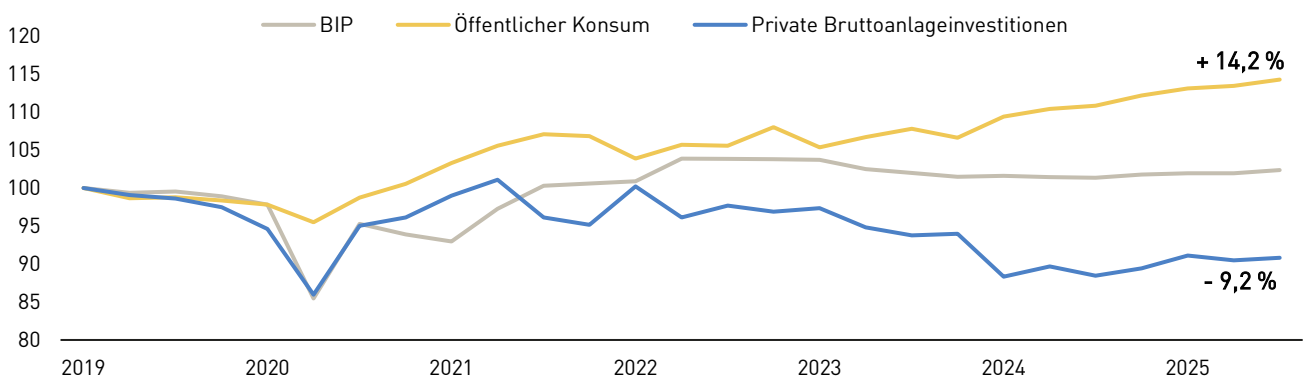
Öffentlicher Sektor wächst, private Investitionen sinken

Die österreichische Wirtschaft war in den vergangenen Jahren mit einer Abfolge von Krisen und tiefgreifenden strukturellen Veränderungen konfrontiert. Wachstums- und Beschäftigungsimpulse blieben dabei auf wenige Bereiche beschränkt. Die exportorientierte Industrie verlor sowohl Marktanteile als auch Arbeitsplätze, während der öffentliche Sektor deutlich expandierte. Ein Auslöser für letzteres war die Covid-Pandemie, die den Personalbedarf im Gesundheitswesen stark erhöhte. Die dynamische Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Sektor – zu dem neben der öffentlichen Verwaltung, auch die Bereiche Bildung, Gesundheit und Pflege zählen – setzte sich jedoch auch unabhängig von der Pandemie fort. Wesentliche Treiber waren dabei die demografische Alterung sowie das anhaltend starke Bevölkerungswachstum. Seit 2019 ist der öffentliche Konsum, der maßgeblich die Personalkosten der öffentlich Beschäftigten widerspiegelt, um 14,2 % gestiegen (Stand: drittes Quartal 2025). Die privaten Wirtschaftsbereiche konnten mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. So gingen die privaten Bruttoanlageinvestitionen – eine zentrale Grundlage für künftiges Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum – im selben Zeitraum um 9,2 % zurück.

Auf Dauer nicht tragfähig: Entkopplung zwischen privater Investitionstätigkeit und Staatskonsum

Bruttoinlandsprodukt und Verwendungskategorien, real

Index 2019 Q1 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen. Die privaten Bruttoanlageinvestitionen wurden mit dem Deflator der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen deflationiert.

Nach drei Jahren mit rückläufiger Investitionstätigkeit zeigen Daten von Statistik Austria für die ersten drei Quartale 2025 eine Stabilisierung. Die Quartalsdaten unterlagen in letzter Zeit jedoch merklichen Datenrevisionen und sollten daher mit entsprechender Vorsicht interpretiert werden. Aktuelle Umfragedaten aus dem WKÖ-Wirtschaftsbarometer weisen darauf hin, dass die Unternehmen weiterhin zurückhaltend in Bezug auf Neuinvestitionen sind. Ein hohes Maß an wirtschaftlicher Unsicherheit sowie eine herausfordernde Exportsituation und angespannte Profitabilität belasten die Investitionspläne.

FAZIT: Die demografische Alterung und das anhaltende Bevölkerungswachstum führen zwangsläufig zu einer Ausweitung der Leistungen und Ausgaben des öffentlichen Sektors. Zu einem Problem wird diese Entwicklung, wenn sich Staatskonsum und gesamtwirtschaftliche Leistung zunehmend voneinander entkoppeln. In einem solchen Umfeld gerät die nachhaltige Finanzierung staatlicher Leistungen immer stärker unter Druck. Eine zentrale Priorität der Wirtschaftspolitik muss es daher sein, die Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder deutlich zu beleben. Positive Impulse werden von der Ausweitung des Investitionsfreibetrags erwartet. Zusätzliche Investitionsanreize und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten sollten weiter forciert werden.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
 Wirtschaftskammer Österreich
 Abteilung für Wirtschaftspolitik
 Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
 wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
 MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
 Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
 Dr. Julia Borrmann,
 julia.borrmann@wko.at
 Tel: +43 5 90 900 | 4280
 13. Jänner 2026